

30/XI. 1917

### Delegation und Krieg.

Von Ladislaus v. Székely,

tätiglich ungarischen Ministerpräsidenten u. D.  
Budapest, 28. Dezember.

Die für den 3. Dezember 1917 einberufene ungarische Delegation hat in ihren bisherigen Verhandlungen fast alle ihr auferlegten Aufgaben erledigt, so daß die noch ausstehenden Plenarsitzungen kaum mehr zu tun finden werden, als in öffentlicher und feierlicher Form den Standpunkt zu fixieren, den die Ausschüsse in den von ihnen verhandelten mannigfachen Fragen eingenommen haben. Neue Probleme könnten sich nur ergeben, wenn unser Auswärtiges Amt in der erfreulichen Lage wäre, das Ergebnis der im Gange befindlichen Friedensverhandlungen um die Mitte des Monats Januar schon als bereits abgeschlossene und endgültige Vereinbarungen vorzulegen.

Da diese Delegationsstagung die erste seit dem Ausbruch des Weltkrieges ist, erscheint es als selbstverständlich, daß der Arbeitsstoff sich sehr beträchtlich aufgehäuft hat; allein die Regierungsvorlagen, insbesondere diejenigen über die mit dem Krieg zusammenhängenden finanziellen Angelegenheiten, können, solange der Krieg andauert, nicht als abgeschlossen betrachtet werden, und daran läßt sich darüber noch kein abschließendes Urteil fällen.

Einzig das Exposé des Ministers des Auswärtigen war mithin ein Gegenstand, hinsichtlich dessen die Delegationen einen entschiedenen und endgültigen Standpunkt einnehmen konnten, sogar einzunehmen hatten. Diesfalls können wir feststellen, daß die Erwartung, die an das Wirken dieser Körperschaften geknüpft werden konnte, durch die ungarische Delegation in vollem Maße erfüllt worden ist. Obgleich die Mehrheit des ungarischen Abgeordnetenhauses und infolgedessen auch der ungarischen Delegation der gegenwärtigen Regierung gegenüber einen oppositionellen Standpunkt einnimmt, hat sie sofort beim Eintritt in die Verhandlungen ihrer Zustimmung zu der vom Grafen Czernin in bisher befolgten und auch für die Zukunft in Aussicht gestellten Politik Ausdruck gegeben und dadurch der Regierung den namentlich unter so schwierigen Umständen unerlässlich notwendigen Rückhalt für ihre erfolgreiche Tätigkeit gegeben. Dadurch war auch der eigentliche Hauptzweck der Einberufung der Delegationen erreicht. Das als abschließendes Ergebnis der auswärtigen Debatte dem Minister des Auswärtigen erteilte Vertrauensvotum verlieh dem Grafen Czernin die Möglichkeit, in den Friedensverhandlungen die Interessen der Monarchie mit ganzer Kraft zu vertreten. Es erteilt aber auch gleichzeitig die Ermächtigung, den Krieg, wenn die Haltung unserer Feinde dies gebieten sollte, auch weiter fortzuführen. Daß diesem fast einmütigen Vertrauensvotum gegenüber die eine oder die andere der sogenannten „regierungsfeindlichen“ Fraktionen sich auf einen Sonderstandpunkt stellte, ist ohne jegliche Bedeutung und gehört eher in die Rubrik der parlamentarischen Kuriosa.

Was die Vorlagen der Kriegsverwaltung betrifft, so sind die Daten, die darin über die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und hauptsächlich valutaren Fragen enthalten sind, außerordentlich interessant und wichtig. Es geht aus ihnen hervor, daß neben vielen richtigen und zweckmäßigen Verfügungen in großer Anzahl auch völlig verfehlte und schädliche Dispositionen getroffen worden sind. Namentlich in der ersten Kriegszeit begegnen wir offensichtlichen Anzeichen einer völligen Unorientiertheit und Planlosigkeit, deren nachteilige Wirkungen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete sich tatsächlich fühlbar machen.

Selbstverständlich können wir uns in eine eingehende Erörterung dieser Fragen nicht einlassen und so möchten wir nur darauf hinweisen, daß die angedeuteten Mängel unserer Kriegsbereitschaft die bedauerlichsten Zeugnisse dafür ablegen, wie sehr unsere Feinde im Unrecht sind, wenn sie behaupten, daß wir den Krieg von langer Hand vorbereitet hätten. Wenn die Betreffenden in der Lage wären, in die vertraulichen Schriften der Delegationen Einblick zu nehmen, könnten sie sich leicht von der völligen Grundlosigkeit dieser Behauptung überzeugen.

Erst nach mehr als zehnjährigen inneren Kämpfen vermochten wir im Jahre 1912 unser bereits völlig moribund gewordenes Wehrsystem auf eine neue Grundlage zu stellen. Es ist mithin klar, daß die zwei Jahre, die uns bis zum Ausbruch des Weltkrieges zur Verfügung standen, bei weitem nicht hinreichten, dieses Wehrsystem voll auszubauen. Demgegenüber beweisen die im Suchoulinowprozeß, sowie auch die bei anderen Anlässen in die Öffentlichkeit gelangten Daten, daß in der Zeit, in der wir noch mit den Schwierigkeiten des ersten Anlaufes kämpften, unsere Feinde, namentlich Rußland und Frankreich, durch die Geheimverträge hierzu verpflichtet, sich schon mit der Kriegsvorbereitung im größten Stile befaßt haben.

Diese Tatsache enthält jedoch auch noch eine andere für uns trostreiche und erhebende Lehre. Ein Gemeinwesen, das in so unvorhergesehenem Zustande von so vielen Seiten und so mächtigen Feinden angegriffen wurde wie die österreichisch-ungarische Monarchie und das in so verhältnismäßig kurzer Zeit sich derartig zu organisieren mußte, daß es durch seine Kraftentfaltung die ganze Welt in Staunen versetzte, ein solches Gemeinwesen ist, möge es auch an inneren Krankheiten laborieren, bei weitem nicht reif zur Auflösung, wie dies unsere Feinde behaupten, sondern es kann beruhigt in die Zukunft blicken, auch wenn diese Zukunft neuere Kämpfe mit sich bringen sollte.

Allerdings, vermochten wir diese Ergebnisse lediglich durch ungeheure Opfer zu erzielen. Und in dieser Hinsicht

blieben die im Hinterlande von den Völkern gebrachten Opfer nicht hinter den heroischen Leistungen unserer an der Front ringenden Truppen zurück. Es galt unser Leben zu verteidigen, und diesem Zweck opferten wir unser Vermögen.

Unter den Uebelständen, die auf wirtschaftlichem Gebiete auf sämtliche Lebensverhältnisse der Gesellschaft auswirkten, ist einer der schwierigsten die starke Abnahme der Kaufkraft unseres Geldes, sowohl in den internationalen Relationen wie im Binnenverkehr. Das Sinken unserer Währung gegenüber dem Gelde anderer Staaten macht sich, obgleich es an sich eine überaus schädliche Erscheinung darstellt, dormalen mit Rücksicht darauf, daß unser internationaler Verkehr infolge des Krieges außerordentlich abgenommen hat, im Alltagsleben weniger fühlbar. Um so schwerer empfinden wir den Rückfall der Kaufkraft unseres Geldes im Binnenverkehr, wie er in der von Tag zu Tag sich steigenden und nun schon wahrlich unerträglichen Teuerung zum Ausdruck gelangt.

Während die ungünstige Gestaltung der Valuta der Münzparität gegenüber im internationalen Verkehr an und für sich bei weitem nicht als sichere Synodus zur Beurteilung der Lage gelten kann, in die der Krieg die Volkswirtschaft eines Staates versetzt hat, bildet die im Inlandsverkehr bei jedem einzelnen Artikel sich offenbarende exorbitante Teuerung, die die meisten und materiell schwächsten Klassen der Gesellschaft trifft, eine außerordentlich verbitternde gefährliche Erscheinung, die geeignet ist, auch auf die politischen Verhältnisse des Landes und auf die Interessen der Kriegsführung unmittelbar zurückzuwirken.

Diese betrübende Erscheinung wird durch die Naturgesetze des Wirtschaftslebens hervorgerufen. Wenn auch ein Vorherrschen der längeren Kriegsdauer und demgemäß früher getroffene zweckmäßige Verfügungen hinsichtlich der Produktion und der Verteilung der Güter den Uebelstand hätten mildern können, so stand es nicht in menschlicher Macht, ihn gänzlich zu verhindern. Der steigende Güterverbrauch und die abnehmende Güterproduktion sind eben eine natürliche Folge des Kriegszustandes. Daraus folgt die Verringerung der zur Verfügung stehenden Vorräte, der in unserem Falle auch keine entsprechende Einfuhr aus dem Auslande gegenüberstand. Diese Verhältnisse mußten auch den Preis der Waren steigern, auf den Geldwert aber, da die im Verkehr befindliche Geldmenge nicht im Verhältnis der Verringerung der Waren abnahm, notwendigerweise devaluierend wirken. Unsere Geldverfehrsmittel haben aber trotz der Abnahme der Warenvorräte nicht nur nicht abgenommen, sondern eben weil der Krieg außerordentlich viel Geld erheischte, noch in außerordentlichem Maßstabe zugenommen, da der Staat, nachdem die Ausgaben durch den Ertrag der emittierten Kriegssrente nicht hatten völlig gedeckt werden können, genötigt war, zu einem anderen Mittel der Geldbeschaffung, zur Bindung seines eigenen Kredites der Notenbank gegenüber, Zuflucht zu nehmen.

So kam es sofort nach Kriegsausbruch zu der starken und parallel mit den steigenden Kriegsausgaben noch stets steigenden Notenausgabe, die im Zusammenhang mit der Auswanderung eines bedeutenden Teiles der Goldvorräte der Bank das gesetzliche Deckungsverhältnis völlig verderben mußte. Wie wir aus dem jüngst veröffentlichten Bankausweis ersehen konnten, haben jedoch die Metallbedeckung und die in die letztere einrechnbaren sonstigen Posten gegenwärtig fast dasselbe Maß erreicht, das sie unmittelbar vor Kriegsbeginn aufgewiesen haben. Wir sehen jedoch auch, daß die im Umlauf befindliche Notenmenge auf nahezu achtzehn Milliarden gestiegen ist und daß kaum der achtzehnte Teil dieser exorbitanten Summe die gesetzlich vorgeschriebene Metallbedeckung besitzt.

Nichts wäre leichter, als den damaligen Leitern gegenüber nachträglich den Vorwurf zu erheben, daß sie in der Kriegsführung nicht mit der erforderlichen Sparsamkeit vorgegangen seien. Dieser Vorwurf befäße nicht mehr Berechtigung, als wenn man bei einem riesigen Brande die Feuermehr beschuldigen würde, daß sie bei der Unerdrückung der Gefahr zu viel Wasser verschwendet hat. Es versteht sich von selbst, daß dort, wo es sich um das Sein oder Nichtsein handelt, wie in dem gegenwärtigen Falle, den verantwortlichen Leitern kein Opfer zu groß erscheinen kann, damit die Erreichung des Zieles gesichert werde. Wenn hinsichtlich einzelner Detailverfügungen auch einiges zu bemängeln ist, so kann sich dies nur darauf beziehen, daß die Heeresverwaltung es unterlassen hat, den Rat hervorragender Sachmänner in den wirtschaftlichen Fragen in Anspruch zu nehmen. Hätte sie dies getan, so hätte sie viele unfruchtbare Ausgaben erspart und insbesondere jene kostspieligen, aber erfolglosen Versuche vermeiden können, die sie unternommen hat, um unsere Valuta in den im Laufe des Krieges besetzten Gebieten (Rußisch-Polen, Serbien, Rumänien usw.) einzubürgern, statt — was einzig zum Ziele geführt hätte — die altgewohnte Valuta der betreffenden Völker mit entsprechender Fundierung weiter zu behalten. Diese Versuche hatten bedauerlicherweise das Ergebnis, daß sie, da sich das Verkehrsgebiet unserer eigenen Valuta um die erwähnten Länder erweitert hat, um ungefähr 1200 Millionen Banknoten mehr in Verkehr setzen mußten und daß dieser namhafte Betrag, wenn es im Laufe der Friedensverhandlungen nicht gelingt, ihn in irgendeiner Form auf die Betreffenden zu überwälzen, die Monarchie auch nach dem Kriege belasten wird.

Wenn wir jedoch alle aktiven und passiven Posten der internationalen Lage zusammenfassen, müssen wir im großen und ganzen dankerfüllten Herzens Abschied nehmen vom Jahre 1917. Bisher standen wir einer weit aus erdrückenden feindlichen Gewalt gegenüber. Jetzt hat das Ausschneiden Rußlands die Waagschale zu unseren Gunsten herabgedrückt und wir sind des festen Glaubens, daß die Friedensverhandlungen auch mit unseren östlichen Nachbarn zum Erfolg führen werden. Von welcher Wichtigkeit aber auch aus militärischem Gesichtspunkte

der Umstand ist, daß unsere Kräfte an der östlichen Front frei werden, so halten wir doch die psychologische Wirkung, die die Friedenssehnsucht des russischen Volkes notwendigerweise auch auf die westlichen Nationen übertrifft, für mindestens ebenso wichtig.

Italien vermag den Kampf offenkundig nicht mehr lange auszuhalten und wenn das zermürbte französische Volk und die berechnenden Engländer sehen werden, daß die vielen Hunderttausende russischer Soldaten an ihren häuslichen Herd zurückkehren, während ihre eigenen besten Söhne allen Schrecknissen des Winterfeldzuges in den Schützengräben gegenüberstehen, und noch dazu ohne jede Hoffnung auf Erfolg, ist es unmöglich, daß die Volkseele sich nicht in Bewegung setze. Und ist dies einmal geschehen, so werden die Kriegshelden beiseite geschoben werden und das Volk wird die Sache des Friedens in die Hand nehmen, wie dies in Rußland geschehen ist. Dann wird Herr Wilson darüber nachdenken können, welche eigentlich seine neuesten Kriegsziele sind.